Niederschrift über die öffentliche 21. Sitzung des Umweltausschusses

Sitzungsdatum:	Mittwoch, 17.07.2019
Beginn:	09:00 Uhr
Ende	10:31 Uhr
Ort:	im Landratsamt Bamberg, kleiner Sitzungssaal

Anwesenheitsliste

Vorsitzender

Kalb, Johann

CSU

Hollfelder, Georg
Sitzmann-Simon, Sabina
Thaler, Heinrich

SPD

Jung, Heinz
Schneider, Max-Dieter

FW / ÜWG

Kellner, Bruno
Kestler, Georg

BBL

Reinfelder, Sigrid

Grüne/AL

Behr, Ralph

ödp/FDP

Sieling, Tobias

Schriftführer

Beyer, Philipp

Verwaltung

Dietze, Nicole
Förtsch, Frank
Hammrich, Markus
Kaim, Albrecht
Klemisch, Alexandra
Kulpa-Goppert, Nadja
Nickel, Steffen
Pfister, Jürgen
Ramming-Scholz, Birgit
Schmittner, Claudia
Sponsel, Nicolas, Auszubildender

Abwesende Personen

CSU

Kötzner, Jakobus	entschuldigt
Wagner, Karl-Heinz	entschuldigt

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

1 Öffentlicher Personennahverkehr; **2019/1035**
Fortschreibung Nahverkehrsplan Landkreis Bamberg 2019 - Zwischenbericht
Berichterstattung: Kulpa-Goppert, Nadja

2 Öffentlicher Personennahverkehr; **2019/1034**
Angebotserweiterung des Verkehrsverbundes Großraum Nürnberg GmbH (VGN) zur Erstellung des Nahverkehrsplans/konzeptionelle Verkehrsplanung
Berichterstattung: Kulpa-Goppert, Nadja

3 Absenkung der Grüngutcontainer im Landkreis Bamberg; **2019/1033**
Behandlung des Antrags der Kreistagsfraktion Bündnis90/Die Grünen - Alternative Liste
Berichterstattung: Ramming-Scholz, Birgit

4 Verwendung chemisch-synthetischer Pestizide im Landkreis Bamberg; **2018/0665**
Behandlung des Antrags der Ausschussgemeinschaft ÖDP / FDP
Berichterstattung: Wiltschka, Felix

5 Sonstiges

Landrat Johann Kalb eröffnet um 09:00 Uhr die öffentliche 21. Sitzung des Umweltausschusses. Er begrüßt alle Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit des Umweltausschusses fest.

Einwendungen gegen die Tagesordnung werden nicht erhoben.

Öffentliche Sitzung

1 Öffentlicher Personennahverkehr; Fortschreibung Nahverkehrsplan Landkreis Bamberg 2019 - Zwischenbericht

Frau Kulpa-Goppert trägt den Sachbericht vor.

Der Entwurf des Nahverkehrsplans 2019 liegt den Mitgliedern des Umweltausschusses vor und ist außerdem im Ratsinformationssystem einsehbar.

Herr Hammrich stellt die Grundzüge des Nahverkehrsplans anhand einer Präsentation dar und geht hierbei kurz auf die einzelnen Kapitel ein.

In den nächsten Wochen, spätestens jedoch Anfang August 2019, folgt das förmliche Beteiligungsverfahren, in dem die Verkehrsunternehmen, die benachbarten Aufgabenträger, die Städte und Gemeinden des Landkreises sowie die Behinderten- und Verkehrsverbände Gelegenheit erhalten, zu den Festlegungen in der Fortschreibung des Nahverkehrsplans Stellung zu nehmen.

Nach Würdigung der eingegangenen Anregungen und Stellungnahmen ist der Beschluss der endgültigen Fassung des Nahverkehrsplans 2019 für Ende des Jahres 2019 im Kreistag vorgesehen.

Beschluss:

Der Umweltausschuss nimmt den Sachbericht zur Kenntnis.

zur Kenntnis genommen Anwesend 11

2 Öffentlicher Personennahverkehr; Angebotserweiterung des Verkehrsverbundes Großraum Nürnberg GmbH (VGN) zur Erstellung des Nahverkehrsplans/konzeptionelle Verkehrsplanung

Frau Kulpa-Goppert trägt den Sachbericht vor und geht dabei auf die in der Ergänzungsvereinbarung über die Fortschreibung des Nahverkehrsplanes enthaltenen Leistungen ein.
Für die zusätzlichen Planungsleistungen ist ein jährlicher Betrag in Höhe von 9.200 Euro zzgl. MwSt zu zahlen, die gleichlaufend zu der bisherigen Vereinbarung über die Fortschreibung des Nahverkehrsplanes aktualisiert und dynamisiert werden.

Frau Kulpa-Goppert macht den Vorteil des Abschlusses dieser Ergänzungsvereinbarung deutlich. Demnach erfolge die Erstellung des Nahverkehrsplanes sowie die Über- und Neuplanung des Liniennetzes (2020/2021) mit Erstellung von Fahrplänen aus einer Hand durch den VGN.

Eine Vergabe der kompletten Gesamtüberplanung an ein externes Planungsbüro entfiele dadurch.

Beschluss:

1) Vom Sachbericht wird Kenntnis genommen.

2) Der Landrat wird beauftragt, die Ergänzungsvereinbarung zwischen dem Verkehrsverbund Großraum Nürnberg (VGN) und dem Landkreis Bamberg zu unterzeichnen.

einstimmig beschlossen Ja 11 Nein 0 Anwesend 11 Persönlich Beteiligt 0

3 Absenkung der Grüngutcontainer im Landkreis Bamberg; Behandlung des Antrags der Kreistagsfraktion Bündnis90/Die Grünen - Alternative Liste

Der Sachbericht einschließlich einer Übersichtskarte über die Grüngut-Annahmestellen im Landkreis Bamberg liegt den Mitgliedern des Umweltausschusses vor.

Landrat Johann Kalb fasst den Inhalt des Sachberichtes zusammen. Er teilt mit, dass die Thematik schon des Öfteren angesprochen und erläutert wurde. Der vorliegende Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis90/Die Grünen - Alternative Liste sei nunmehr Anlass für die Behandlung der Angelegenheit in der heutigen Umweltausschusssitzung.

Landrat Johann Kalb hebt hervor, dass es sich bei dem aktuellen System der Grüngutentsorgung im Landkreis Bamberg um ein komfortables Zusatzangebot handele, da für die Bürgerinnen und Bürger in jeder Gemeinde mindestens eine Abgabemöglichkeit eingerichtet sei. Wie ein Vergleich mit 12 umliegenden Landkreisen gezeigt hat, ist eine solch hohe Dichte an Abgabestellen in anderen Landkreisen nicht vorhanden.

Um eine größtmögliche Sicherheit zu gewährleisten, erfolgt eine regelmäßige Prüfung und Überwachung der Treppenanlagen. Daneben werden die Bürgerinnen und Bürger an den betreuten Standplätzen bei Bedarf durch das vorhandene Personal unterstützt.

Landrat Johann Kalb macht außerdem deutlich, dass eine generelle Absenkung aller Grüngutcontainer vor allem aus organisatorischen, rechtlichen und finanziellen Gründen problematisch erscheint. Bei sämtlichen anstehenden Baumaßnahmen erfolge jedoch in enger Zusammenarbeit mit den Gemeinden eine einzelfallbezogene Prüfung, inwieweit eine bauliche Veränderung an den Grüngutcontainern vorgenommen werden kann. Deutlich werde dies am Beispiel des Neubaus des Wertstoffhofes Hallstadt.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, bei künftigen Baumaßnahmen zu prüfen, inwieweit die Absenkung von Grüngutcontainern umsetzbar ist.

mehrheitlich beschlossen Ja 10 Nein 1 Anwesend 11 Persönlich Beteiligt 0

4 Verwendung chemisch-synthetischer Pestizide im Landkreis Bamberg; Behandlung des Antrags der Ausschussgemeinschaft ÖDP / FDP

Diesem Tagesordnungspunkt liegen die Anträge der Ausschussgemeinschaft ÖDP/FDP zu Grunde. Konkretisierter Inhalt beider Anträge ist die Verwendung chemisch-synthetischer Pestizide im Landkreis Bamberg.

Landrat Johann Kalb fasst den vorliegenden Sachbericht zusammen. Demnach ist der Einsatz von chemisch-synthetischen Pflanzenschutzmitteln auf den Ausgleichs- und Ökokontoflächen grundsätzlich ausgeschlossen. In der Dauerpflege der Grünanlagen werden mechanische Arbeitsweisen zur Eindämmung von unerwünschtem Aufwuchs angewendet. Gleiches gilt für die Arbeiten des Kreisbauhofes.
Sowohl der Kreisbauhof als auch die übrigen Gesellschaften des Landkreises Bamberg verzichten bei ihrer Bewirtschaftung auf den Einsatz von chemisch-synthetischen Pflanzenschutzmitteln.

Der Landkreis Bamberg verpachtet insgesamt ca. 1 ha an Landwirtschaftsflächen. Mit den Pächtern konnten inzwischen Vereinbarungen getroffen werden, welche einen kompletten Verzicht auf chemisch-synthetische Pestizide vorsehen.

Die Kreisfachberater/innen, welche im Fachbereich Umweltschutz eingegliedert sind, beraten sowohl im privaten als auch im kommunalen Bereich im Sinne des Naturschutzes, ergreifen darüber hinaus präventive Maßnahmen zur Stärkung der Pflanzen und zur Förderung von Nützlingen und vermitteln mit der direkten Ausgabe von Fach- und Merkblättern Zugang zu Informationsquellen, die einen Verzicht auf chemisch-synthetische Pflanzenschutzmittel zum Ziel haben.

Beschluss:

Der Umweltausschuss empfiehlt dem Kreistag, wie folgt zu beschließen:

1. Der Landkreis Bamberg verwendet auch weiterhin auf kreiseigenen Flächen bei der Pflege von Grünflächen, Straßenbegleitgrün und vergleichbaren Flächen keine chemisch-synthetischen Pestizide. Diese Regelung gilt auch auf landwirtschaftlich genutzten, verpachteten Landkreisflächen bei Neuverpachtungen und Pachtverlängerungen.

2. Der Landkreis empfiehlt auch den anderen Körperschaften im Landkreis Bamberg in gleicher Weise auf den Einsatz von chemisch-synthetischen Pestiziden zu verzichten.

3. Informations- und Beratungsleistungen des Landkreises im Zusammenhang mit privater oder öffentlicher Garten- und Grünanlagenpflege vermitteln weiterhin den Zugang zu Informationsquellen hinsichtlich einer pestizidfreien Pflege.

4. Bei der lokal begrenzten Bekämpfung invasiver Pflanzen und Tiere, z. B. Japanischer Staudenknöterich, Riesenbärenklau, Eichenprozessionsspinner, sind Ausnahmen möglich.
   Wo es fachlich vertretbar ist, sollten auch dabei biologische Mittel zum Einsatz kommen.
   Über die Anwendung chemisch-synthetischer Mittel ist der Umweltausschuss zeitnah zu informieren.

einstimmig beschlossen Ja 9 Nein 0 Anwesend 9 Persönlich Beteiligt 0

5 Sonstiges

Landrat Johann Kalb merkt an, dass, sofern von den Ausschussmitgliedern gewünscht, künftig auch eine Besichtigungsfahrt des Umweltausschusses analog der jährlichen Rundfahrt des Bau- und Wirtschaftsausschusses stattfinden kann.

Weitere Punkte wurden nicht erörtert.

Landrat Johann Kalb bedankt sich für die Sitzungsteilnahme und schließt um 10:31 Uhr die öffentliche 21. Sitzung des Umweltausschusses.

Johann Kalb	Philipp Beyer
Landrat	Schriftführer